

melden, hat der Reichswehrminister Gröner — aus eigener Initiative oder beeinflusst von anderen Mitgliedern des Kabinetts? — die Deutsche Adelsgenossenschaft als politisch erklärt, d. h. allen Offizieren des Reichsheeres und der Reichsmarine auf Grund des § 84 des Wehrgesetzes den Befehl erteilt, aus der Adelsgenossenschaft sofort auszutreten, sofern sie deren Mitglieder sind. Als Begründung wird angegeben, die Adelsgenossenschaft hätte in ihren Blättern „unqualifizierbare Angriffe“ gegen die Reichsregierung gerichtet und sich auch aktiv an dem Volksbegehren beteiligt.

Dieser Schritt Grönners wird ohne Zweifel in allen Kreisen das allergrößte Aufsehen erregen, da immer noch ein großer Prozentsatz des deutschen Offizierkorps sich aus Vertretern des deutschen Adels zusammensetzt und da somit ein neuer Schlag geführt wird gegen einen Stand, dessen Verdienste um den Aufbau des deutschen Staates unvergessen sein werden. Besonders aber wird man in allen nationalen Kreisen gegen solchen Terror aufbegehren, wenn es sich bewährt hätte, daß tatsächlich — wie bereits angeklagt wird — auf die „schwarze Liste“ der Reichswehr alle diejenigen Verbände und Korporationen gesetzt werden, gleichviel ob es sich um politische Vereinigungen oder um studentische Verbindungen handelt, die das Volksbegehren mit unterstützen haben; und wenn — darüber noch hinausgehend — der Plan mancher Linkstreife in Erfüllung geht, sämtliche Reichs- und Staatsbeamte in dieses Adelsverbot einzubeziehen. — Es sei jetzt schon darauf hingewiesen, daß den Beamten Meinungsäußerung und Koalitionsfreiheit durch die Reichsverfassung verbürgt ist, daß also die so leidenschaftlichen Verfassungsfreunde verfassungswidrig vorgehen möchten, um ihre Gegner zu treffen. Mag man dem Vorgehen des Reichswehrministers

Gröner formal nicht entgegenzusetzen können, so ist doch zu sagen, daß andere Wege möglich gewesen wären, um den Konflikt beizulegen. Jedenfalls muß wenigstens rechtzeitig und auf allerengste Weise der Widerstand mobilisiert werden gegen den Versuch, den Beamten ihre verbürgten Rechte auf Koalitions- und Koalitionsfreiheit zu schmälern. Schließen wir mit einem Satz, das man auch ohne Kommentar als die Reversoite der Medaille erkennen wird. Der „Berliner Postbote“ (und ihm müssen wir auch die Verantwortung für die Echtheit des fraglichen Dokuments überlassen) berichtet:

Der Gau Niederrhein des Reichsbanners hat unter dem 17. Juli 1929 ein Rundschreiben Nr. 10 verfaßt, in dem u. a. folgende ausschlußreiche Notiz zu finden war:

Republikanische Postbeamte! Die Ortsvereine wollen sofort unauffällig feststellen und uns berichten, welche Postbeamte der nachfolgend aufgeführten Beamtengruppen Mitglieder unserer Organisation sind und für eine Beförderung geeignet erscheinen: Oberposträte oder Direktoren, Posträte oder Direktoren, Telegraphenräte, Amtmänner, Oberpostinspektoren, Inspektoren, Postobersekretäre. Die Meldungen müssen jedoch schnellstens erfolgen, wenn sie einen Wert haben sollen.

Frei Heil

Der Gauvorsitzend, gez. Petersdorff.

Wer Ohren hat zu hören, der höre! — Derjenige Beamte, der um jeden Preis rasche Karriere zu machen wünscht, weiß also, was er zu tun hat. Aber es ist, Gott sei Dank, in Deutschland immer noch genügend Beamte, die eine feste und aufrechte Gesinnung zu verteidigen wissen, sei es selbst bei materiellen Nachteilen, und sie werden zusammenstehen, um die allüberlieferten Rechte des Beamtentums auf politische Selbständigkeit zu wahren.

DiETRICHs Versprechungen für die Landwirtschaft

Die 59. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Münster, 18. Sept. Die öffentliche Hauptversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates wurde heute um 2 Uhr durch den Präsidenten Dr. Brandes eröffnet, der in seiner Ansprache u. a. folgendes ausführte:

„Der Deutsche Landwirtschaftsrat sagt an historische Städte. Nach unglücklichem Unheil, das, begünstigt durch inneren Haß, 50 Jahre lang über das Deutsche Reich hereinbrochen war, ist in dieser Stadt der Frieden geschlossen worden, der die Rückkehr zu geordneten Zuständen und den langjahren Wiederaufstieg des deutschen Vaterlandes aus wirtschaftlicher Verarmung und politischer Zerrüttung angebahnt hat.“

„Ich muß dann noch der historischen Bedeutung gedenken, die unsere Tagung in Münster dadurch gewinnt, daß zum erstenmal bei einer Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates eine Vertretung der Präsidialkonferenz der landwirtschaftlichen

Hauptkörperchaften Ostpreußen anwesend

ist. Wir haben mit herzlichster Dankbarkeit die Hand ergreifen, die Sie uns gereicht haben, und unser Ständiger Ausschuss hat einstimmig der Anregung zugestimmt, die Beziehungen zwischen unseren Körperchaften dadurch enger und fruchtbringender zu gestalten, daß wir uns nicht nur bei unseren offiziellen Veranlassungen offizielle Besuche abtrotten. Wir wollen in gemeinsamer Arbeit die Frage klären, wie sich in Ostpreußen wie im Deutschen Reich die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen der Landwirtschaft zu gestalten lassen, daß treue und nachbarschaftlich gewährt bleiben kann.“

Nach dem mit Beifall aufgenommenen Begrüßungswort des Präsidenten nahm

Reichsernährungsminister Dietrich

das Wort. Der Minister überbrachte zunächst die besten Grüße und Wünsche des Reichspräsidenten v. Hindenburg, der sich mit der Landwirtschaft stets auf das Innigste vermahnen gefühlt habe, sowie die Wünsche der Reichsregierung. „Die Bedeutung der Landwirtschaft“, so fuhr er fort, „hat in steigendem Maße Verständnis in der Öffentlichkeit gefunden, und wenn es heute die höchste Lage der Landwirtschaft gewesen ist, die den Anstoß dazu gegeben hat, daß man sich härter mit ihr beschäftigt, so glaube ich doch, feststellen zu dürfen, daß sie heute im Rahmen unserer gesamten Volkswirtschaft immer noch nicht als das in vollem Umfange anerkannt wird, was sie für unsere Wirtschaft und unser Volk bedeutet.“ (Zuruf: Besonders bei der Reichsregierung!)

Mit der Landwirtschaft steht und fällt nicht nur unsere Wirtschaft, sondern auch das ganze Wohl unseres Volkes ist mit ihr untrennbar verbunden.

Ich würde nicht am richtigen Platze, wenn ich nicht entschlossen wäre, soweit meine Kräfte reichen, alles aufzubieten, um das zu tun, was im Bereich des Möglichen liegt, um die Räte von diesem Stand nach Möglichkeit abzuwenden. Es ist in erster Linie die Getreidewirtschaft, die die große Sorgen bereitet. Es ist nicht etwa so, daß

die Stützungsaktion auf dem Roggenmarkt

erfolgt wäre, ohne daß die Regierung daran beteiligt gewesen wäre. Ich habe nicht einen Augenblick geschwankt, diese Stützungsaktion über die schwere Zeit hinwegzuführen. Ich habe daran festgehalten und an allem, was ich sonst getan und gesagt habe. Wenn das Gegenteil behauptet worden ist, so sollte man nicht so großen Wert darauf legen. Die Regierung ist bereit, alles zu tun, um den Getreidepreis auf einer erträglichen Höhe zu halten. Wir haben die Aktion der Getreidehandelsgesellschaft in jeder Weise gedeckt. Die Auswirkungen der Zollaktion müssen im übrigen abgewartet werden, da ja infolge des schwebenden Handelsvertrages diese keine sofortige Wirkung haben konnte.

Die Großviehpreisefrage

liegt mehr im argen, als allgemein bekannt ist. Man kann geneigt sein für Großvieh nicht mehr bekommen als vor dem Kriege mit einem ganz anderen Geld und unter anderen Verhältnissen. Ich habe mich allgemein mit dem Tiefstand der Viehpreise beschäftigt und habe eine entsprechende

Volkmacht des Reichskabinetts in der Falsche,

die ich bei nächster Gelegenheit dem Reichstag vorlegen kann. Ich sehe in der Frage des Großviehmarktes einen der wichtigsten Punkte der Landwirtschaft und habe große Sorge, daß wir zur Zeit noch keinen positiven Weg aus den Schwierigkeiten herausgefunden haben.“ Der Minister erklärte weiter: Wir haben nicht veräußert, uns mit der Frage zu beschäftigen: Wie sind die Rentenbankzinsen von der Landwirtschaft herunterzubekommen? Wir haben Vorschläge gemacht und dabei die Zustimmung des Reichskabinetts und auch außerhalb gefunden, und

ich glaube, daß auf Grund dieser Vorschläge bestimmte Ansichten vorhanden sind, daß die Landwirtschaft bis April nächsten Jahres von den Rentenbankzinsen befreit werden wird.

Zur Frage der Steuern bemerkte der Minister, daß die Hälfte der Steuern auch heute noch Realsteuern sind, nämlich etwa 450 Millionen Mark, wobei die Einkommen- und Vermögenssteuer nicht die entscheidende Rolle spielen. Wenn diese 450 Millionen gekürzt werden können, dann würde damit der gesamten deutschen Landwirtschaft eine große Entlastung zuteil werden. Um diese Sache wird gekämpft werden, wenn im Verlaufe der außerpolitischen Dinge mit den Ländern ein neuer Finanzvertrag abgeschlossen werden wird. „Meine Aufgabe ist, diesen Ausweg so zu beeinflussen, daß die Länder zu dieser werden, daß sie die Realsteuern ohne weiteres heruntersetzen können.“

Der Minister bedauerte in seinen weiteren Ausführungen, daß es ihm leider im Juli nicht möglich war, das

Reichsmilchvieh durchzubrüden.

Dieses Gesetz wird also erst in der Winterperiode den Reichstag beschließen können. Zum Schluß erklärte der Minister: Ich habe nichts dagegen, wenn man kritisiert. Es darf aber nicht zu weit gehen, wie das in Deutschland üblich ist, wenn man z. B. annimmt, daß einer nur dann Minister ist, wenn er besondere Fähigkeiten nicht besitzt.

Der Kampf um die deutsche Landwirtschaft ist ein entscheidender Kampf um das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft.

Ohne eine deutsche Landwirtschaft kann man eine deutsche Wirtschaft überhaupt nicht betreiben. Wenn wir die deutsche Landwirtschaft zum Teil oder ganz vernichten, werden wir niemals in die Lage kommen, unsere Stellung unter den Nationen als freie, gleichberechtigtes Volk gemäß der Stärke unserer Leistungsfähigkeit wiederzuerlangen. (Beifall.)

In einer Ansprache erklärte der preussische

Landwirtschaftsminister Dr. Seiger:

Auch in diesem Jahre ist es weniger die Ernte, die die Lage der Landwirtschaft noch bedauerlicher gestaltet, es sind vielmehr die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. So zeigen die Großhandelspreise für landwirtschaftliche Produkte Anfang dieses Jahres einen Stand von etwa 132, erreichten im Mai einen Tiefstand von etwa 124 und haben sich neuerdings mit gewissen Schwankungen wieder auf den Stand zu Beginn dieses Jahres gehoben.

Dieser Preisstand zeigt bei einem Index von etwa 157 für industrielle Fertigerwaren die mangelnde Rentabilität der Landwirtschaft.

Diese Notlage der Landwirtschaft hat ihre Ursache neben den gegenüber der Vorkriegszeit stark gewachsenen Löhnen besonders in weltwirtschaftlichen Zusammenhängen. Zum Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugung hat Preußen im Sommer Maßnahmen der Reichsregierung und des Reichstages angenommen, die auf einen erhöhten Zollschutz bei Getreide, Mehl, Butter, Kartoffeln abzielen, und die eine Teillösung der Maßnahmen darstellen, die auf diesen Gebieten von der Landwirtschaft gefordert werden. Neben die politischen Maßnahmen muß die innere Disziplin treten, die von der Selbsthilfe der Landwirtschaft und von staatlichen Maßnahmen gemeinsam getragen werden muß.

Was die Entwicklung der Kartoffelpreise betrifft, so ist hier leider wieder eine fähig fallende Preisentwicklung zu beobachten. Ich hoffe, dem Ueberangebot an Speisefertstoffen aus dem Inlande durch weitgehende Förderung der Marktfertigkeitsbewegungen Herr zu werden.

Mit besonderer Vorantrieb erfüllt mich die Entwicklung der Milchpreise.

Es werden deshalb besonders die Verhandlungen betreffend die Änderung der Viehsteuern beschleunigt werden müssen. Durch den Rückgang des Schweinebestandes haben die Schweinepreise einen so hohen Stand erreicht, daß hierin für die Landwirtschaft ein starker Anreiz liegt, Schweinezucht und -haltung zu vermindern. In den Zahlen über die Bewegung des Schweinebestandes dürfte jedenfalls der Beweis dafür liegen, daß wir die Ernährung der Bevölkerung wieder ausreichend mit inländischen Schweinen decken können, was der Forderung, Anleihen der Schweinefleisch an die Hindviehhäute, die Wege eben dürfte.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer für Steiermark betonte im Auftrage der österreichischen Landwirtschaftskammern, daß die reichsdeutsche und die österreichische Landwirtschaft gemeinsam arbeiten müßten und wollten. Die deutsche Landwirtschaft habe große Sorgen, aber auch das wären gemeinsame Sorgen, die selbst, die auch in Österreich begeben. Die gesicherte Ernährungsbasis sei die notwendige Grundlage der Unabhängigkeit jeden Volkes. In diesem Sinne wolle die österreichische Landwirtschaft ausrüchlich mit der deutschen zusammenarbeiten.

Nachdem der Präsident der westfälischen Landwirtschaftskammer, Freiherr v. Fedebour, den Dank für die Ehrung der westfälischen Kammer und seiner Person ausgesprochen hatte, nahm Landesrat Schülze das Wort, um in Vertretung des Landeshauptmanns die glänzenden Beziehungen zu betonen, die die Verwaltung mit den Bauern habe. Oberbürgermeister Dr. Sperlich überbrachte die Grüße der Stadt Münster und des Preussischen und Deutschen Städtebundes. Der Rektor der westfälischen Landesuniversität, Professor Dr. S. bedauerte, daß der landwirtschaftliche Unterricht an den Hochschulen noch nicht die gleiche Stellung habe wie die anderen Wissenschaften.

Die fachlichen Beratungen

Präsident Dr. Brandes berichtete dann über die Rentabilität der Landwirtschaft

und führte u. a. aus: Der deutschen Landwirtschaft muß unter allen Umständen Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit wieder gegeben werden, selbst wenn damit vorübergehende Härten für andere Berufe verbunden wären. Die Rentabilität würde sich nach dem Grund der Durchführungsergebnisse angestellten Berechnungen durch eine

2prozente Einnahmeerhöhung

aus dem Verkauf des Getreides, des Viehes, der Milch und der Wollfasererzeugnisse herstellen lassen. Der Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, Dr. Solmssen (Berlin) sprach über:

Der Youngplan und die deutsche Landwirtschaft.

Er führte u. a. aus: Alle nach dem Kriege geschlossenen Verträge, einschließlich des Dawes- und Youngplanes, dienen

dem Zweck, den durch die Niederlage Deutschlands geschaffenen Zustand zu verewigen. Das Wirtschaftsprogramm, das der deutsche Wirtschaft durch die Annahme des Youngplans vorgeschrieben wird, muß in erster Linie auf die Einfuhrverminderung abzielen. Erste Voraussetzung muß die größte Sparsamkeit in der Finanzabgabung der öffentlichen Hand sein.

Eine Einfuhrverminderung kann nicht bei der Einfuhr der industriellen Rohstoffe einlehen, sondern nur bei den 5 Milliarden der Lebensmittelimporte.

Die Hauptarbeit hat hier die Landwirtschaft zu leisten. Ein im Interesse der Gesamtheit erforderliches Agrarprogramm muß drei Hauptziele verfolgen:

1. Die Nahrungsfreiheit und damit eine Voraussetzung für die politische Freiheit Deutschlands zu erringen.
2. Die Handelsbilanz auszugleichen oder sogar zu aktivieren.
3. Raum zu schaffen für die von der Industrie erwerbslos gelassenen Bevölkerungskreise.

Eine Entschlebung

wurde angenommen, in der der Deutsche Landwirtschaftsrat neben schleuniger Durchführung der von den landwirtschaftlichen Führern geforderten Sofortmaßnahmen vollständige Verwirklichung des im Frühjahr aufgestellten Rentabilitätsprogrammes erwartet. Er sieht einen Ausweg aus der Notlage des deutschen Volkes nur in einer gleichzeitigen Umstellung der gesamten deutschen Wirtschaftspolitik auf die Entwicklung aller landwirtschaftlichen Produktionskräfte und richtet an Reichsregierung und Reichstag die dringende Bitte, sich endlich unter Zurückstellung aller parteipolitischen Erwägungen zu einer Wirtschaftspolitik zu entschließen, die dem deutschen Volke wirtschaftliche und politische Freiheit zurückgewinnen kann.

Die Entwürfe zur Arbeitslosenversicherung vor den Fraktionsführern

Berlin, 18. Sept. Auf der Fraktionsführerversammlung, die am Mittwoch unter Führung des Ministers für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, im Reichstag stattfand, wurden den Teilnehmern zwei Gesetzentwürfe überreicht, und zwar behandelte der erste Entwurf die grundsätzliche Beseitigung der Mißstände in der Arbeitslosenversicherung, über die im Sozialpolitischen Ausschuss schon jetzt zu einem wesentlichen Teil eine Einigung erzielt worden ist. Ueber weitergehende Einsparungsmöglichkeiten, u. a. über die Verlängerung der Arbeitszeiten, ist bisher unter den Regierungsparteien noch keine einheitliche Lösung gefunden worden. Man nimmt aber an, daß sich über diese Frage eine Einigung erzielen lassen. Die zweite bis zum 31. März befristete Vorlage enthält die allgemeine Beitragserhöhung und die Sonderregelung für Saisonarbeiter, so wie sie insbesondere durch die Vorschläge der Reichs- und der preussischen Regierung formuliert worden sind. Diese Vorschläge fanden allgemein äußerst geringe Zustimmung. Die Sachbearbeiter der Regierungsparteien werden am Donnerstag vor den Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses noch einmal zu einer Besprechung zusammenzutreten.

Der Einzelhandel zur Versicherungsreform

Hamburg, 18. Sept. Der Vorstand der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels nahm zur Frage der Arbeitslosenversicherung folgende Entschlebung einstimmig an: „Der Vorstand der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, e. V., hält die beschleunigte Reform der Arbeitslosenversicherung ohne Erhöhung der Beiträge für notwendig und möglich, derart, daß die Mängel des bisherigen Systems in der Arbeitslosenversicherung nicht durch Beitragserhöhungen verdeckt, sondern tatsächlich beseitigt werden.“

Preussenfassen und Raiffeisengenossenschaften

Tagung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Berlin, 18. Sept. Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags zur Nachprüfung der Kreditgewährung der preussischen Zentralgenossenschaftskasse an die Landbank- und Raiffeisengenossenschaft begann am Mittwochvormittag seine Untersuchung. Der Ausschuss besteht aus 19 Mitgliedern. Den Vorsitz führt Abg. Dr. Deckerberg (Dnat.). Die Raiffeisenbank hatte bekanntlich in den Jahren 1924/25 erhebliche Verluste erlitten, da sie weitgehende Kreditgeschäfte ohne ausreichende Deckung getätigt hatte. Die Preussenfasse hatte 80 Millionen zur Verfügung gestellt. Diese Summe hatte jedoch bei weitem nicht ausgereicht. Im Januar 1929 war die Raiffeisenbank in Liquidation getreten. Liquidiert hatte auch die genossenschaftliche Zentralkasse des Reichslandbundes, bei der Verluste von einigen Millionen entfallen waren.

Der Präsident der Preussenfasse, Dr. Kopper, betont: Heute reibe der genossenschaftliche Apparat unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit einwandfrei ab. Die Preussenfasse habe sich 1925 dahin entschieden, die Raiffeisenbank nicht in Konkurs gehen zu lassen. Das habe sich als richtig erwiesen, sonst wäre eine allgemeine Verwirrung und eine große Schädigung der Volkswirtschaft eingetreten. Das damals der Ueberbrückungskredit gegeben werden mußte, darüber könne also kein Zweifel bestehen.

Auf die Frage, ob man im Direktorium keine Kenntnis davon hatte, daß die Raiffeisenbank 24 Millionen in tägliche Gelder an der Börse aufgenommen hatte, erwiderte Präsident Kopper: „Die Preussenfasse hatte keine Kenntnis davon. Von den Einzelheiten der außerordentlichen Geschäfte hat sie erst 1928 Kenntnis erhalten. Der Revisionsbericht von Kameke, dessen Existenz der Preussenfasse bekannt war, ist ihr nicht gegeben worden. Bei dem Versuch, die Bilanzarbeiten der Genossenschaft der Raiffeisenkasse zu realisieren, hätte es sicher auch formelle juristische Schwierigkeiten gegeben, da diese Bilanzarbeiten ja erst in zehn Jahren wirksam werden sollten.“

Neuer tschechischer Verteidigungsminister

Prag, 18. Sept. Der Präsident der Republik hat den Ministerpräsidenten Udrzal vom Votum des Ministers für nationale Verteidigung entlassen und den Abgeordneten Dr. Karol Vlasakovsky zum Verteidigungsminister ernannt. Udrzal hat die Befehlung des Verteidigungsministeriums wegen Arbeitsüberlastung abgegeben. Vlasakovsky gehört als Abgeordneter dem Präsidium der tschechischen Agrarpartei an.

Bankräuber festgenommen

Wien, 18. Sept. Otto Bricken aus Oberhausen und Udo Kühle aus Bremen, die am 28. August in Hannover zwei Rassenboten der dortigen Landesbank überfallen hatten und mit ihrer Beute von 50 000 Mark in einem Kraftwagen über die österreichische Grenze entkommen waren, sind in Begleitung einer Frau Julia Maria Bucia und einer zweiten Frau von der Gendarmerie in Blindenmarkt bei Mankellen (Niederösterreich) angehalten worden. Während Bricken flüchten konnte, wurden Kühle und die beiden Begleiterinnen festgenommen und dem Gericht eingeliefert.

Bricken, der in die Wälder der Umgegend geflüchtet war, ist heute nachmittags bei Melk von der Gendarmerie aus dem Postauto geholt und ebenfalls verhaftet worden.

Bereitetes Eisenbahnattentat

Esfeld, 18. Sept. Heute früh beobachtete ein Kraftwagenbesitzer, wie zwei Personen leere eiserne Teerfässer bei Hofnungsthal-Unterschbach (Strecke Köln-Rindlar) auf das Gleis rollten. Er benachrichtigte sofort die Ortspolizei in Hofnungsthal, die 7 oder 8 Fässer aus dem Eisenbahnzuge entfernen ließ. Als Täter wurden zwei betrunzene Arbeiter aus Steinbrück ermittelt.